

Chef: EU-Weinmarktordnung muss von Grund auf reformiert werden

Nur Qualität und Regionalität sichert Zukunft des Weinbaus in Baden und Württemberg - Die FDP-Landtagsabgeordnete Monika Chef hat in einer Landtagsdebatte über die „Auswirkungen der Reform der EU-Weinmarktordnung“ die EU-Kommission scharf kritisiert.

Die Sprecherin für Weinbau und Verbraucherschutz sagte, der Reformvorschlag der Kommission, mehr Mittel für die Rodung von Rebland zur Verfügung zu stellen, verbessere die EU-Weinmarktordnung keinesfalls, sondern zementiere ein System, das seit Jahren Agrarmittel in Millionenhöhe verschlinge. Chef: „Die EU produziert jedes Jahr einen riesigen See überschüssiger Weine im Volumen von 75 Millionen Liter, die zu Industrialkohol verarbeitet werden – die FDP/DVP-Landtagsfraktion fordert deshalb eine grundlegende und zukunftsfähige Reform der Weinmarktordnung und eine Nachverhandlung über die Einfuhr von Weinen aus Übersee.“ Grund für die verzerrte Wettbewerbssituation zum Nachteil der baden-württembergischen Winzerinnen und Winzer sind nach den Worten von Monika Chef folgenreiche Fehler in der europäischen Weinbaupolitik. So habe die EU vor allem bei den Handelsverträgen mit den USA so genannte fraktionierte Weine zugelassen. Diese werden mit Verfahren erzeugt, die in Deutschland eindeutig verboten sind. Hierbei wird der Wein durch Schleudern in seine Bestandteile zerlegt und anschließend je nach Geschmacksrichtung chemisch zusammengefügt. Der deutsche Weinbauverband hat dieses Weinabkommen als Niederlage für die europäischen Winzer und Verbraucher bezeichnet. Chef: „Versäumt wurde auch, festzulegen, dass auf dem Weinetikett die fragwürdigen Verfahren zumindest beschrieben sind. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie der Wein hergestellt ist, den sie soeben erworben haben.“ Die Gründe für die enormen Weinüberschüsse sind in der europäischen Weinbaupolitik zu finden. Vor allem die Weinbauregionen im Mittelmeerraum, die keine Qualitäts- und Marketingstrategien verfolgen und fast ausschließlich möglichst große Mengen produzieren, erzeugten enorme Überschüsse, die wiederum mit EU-Mitteln beseitigt werden. Die zusätzlichen Beihilfen der EU zur Anreicherung des Weines mit Mostkonzentraten haben nach den Worten von Chef zu einer zusätzlichen Produktionsausweitung geführt. Hinzu komme, dass die traditionellen Weinbauländer in Europa immer mehr einem verschärften Wettbewerb mit der so genannten Neuen Welt ausgesetzt sind. So hat beispielsweise Neuseeland seine Rebflächen in letzter Zeit vervierfacht. Bereits jetzt liegt der Anteil der ausländischen Weine in Deutschland bei 55 Prozent. In die Länder der Europäischen Union wird erstmals mehr Wein importiert als exportiert. Wenn jetzt die EU auf die offensiven Produktions- und Vermarktungsstrategien der Weinbauregionen in Übersee mit einer Ausweitung der Zuschüsse reagiere, sei dies der falsche Weg. So bietet die Kommission jetzt an, weitere 2,4 Milliarden Euro für die Rodung von 400 000 Hektar Rebland

Mediendienst

Stuttgart, 11. Oktober 2006

Freie Demokraten



zur Verfügung zu stellen. Chef: „Die FDP/DVP-Landtagsfraktion lehnt dieses Ansinnen der EU-Kommission ab.“ Wie die Sprecherin für Weinbau und Verbraucherschutz weiter sagte, verweigere sich die baden-württembergische Weinbaupolitik nicht dem Fortschritt. „Wir unterstützen aber nur neue Herstellungsverfahren, in denen sich Regionalität, Herkunft, Klima und Bodenbeschaffenheit wieder finden.“ Ziel müsse sein, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Weinbauproduzenten im Vergleich zur Neuen Welt zu verbessern und die Reputation der europäischen Qualitätsweine zu stärken. Hans Ilg, Pressesprecher